

# DAS Interview

Who to look out for: Im Gespräch mit...

**Mmusi Maimane**, erster Schwarzer Vorsitzender der größten südafrikanischen Oppositionspartei *Democratic Alliance*, mit welcher er jüngst beachtliche Stimmgewinne verzeichnen konnte. Maimane gilt als scharfer Kritiker des amtierenden Präsidenten Jacob Zuma und der Politik der Regierungspartei ANC.

*Herr Maimane, Sie sind der erste Schwarze Vorsitzende der Democratic Alliance (DA), der größten südafrikanischen Oppositionspartei. Was sind Ihrer Meinung nach die drei größten aktuellen Herausforderungen Südafrikas?*

In Südafrika spielt die Hautfarbe immer noch eine große Rolle. Daher verursachte die Tatsache, dass ich der erste Schwarze Vorsitzende der *Democratic Alliance* bin, auch so viel Wirbel. Ich bin mir jedoch sicher, dass in Zukunft die Frage nach der Hautfarbe in unserem Land keine maßgebliche Rolle mehr spielen wird. Die größte aktuelle Herausforderung ist die Stagnation der südafrikanischen Wirtschaft und die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus ist das Versprechen des Aufbaus einer "farbenblinden Nation", wie es unsere Verfassung an sich vorsieht, nicht erfüllt worden. Zusammengefasst glaube ich, dass Südafrika unter einem Mangel an innerer Einheit, einer stagnierenden Wirtschaft und einem Abweichen von den Leitlinien unserer Verfassung leidet.

*Wie würden Sie den Regierungsstil des ANC unter Jacob Zuma bewerten?*

Meiner Meinung nach baut der Regierungsstil Zumas im Wesentlichen auf Vetternwirtschaft auf. Anstatt dem Staat und der Bevölkerung zu dienen, werden die Früchte dieser Vetternwirtschaft unter seiner Clique aufgeteilt. Das zieht weitreichende Konsequenzen nach sich. Regierungseinrichtungen sind korrumpiert und stellen das Wohlergehen einiger weniger über das Allgemeinwohl. Institutionen, die eigentlich



Recht und Ordnung aufrechterhalten sollen, begünstigen das Faustrecht. Das wiederum führt zu einem Verfall dieser Institutionen und schließlich zum Verfall des demokratischen Prozesses selbst.

*Zu Beginn letzten Jahres kam es in vielen Teilen des Landes zu ausländergefeindlichen Gewalttaten. Woher stammte Ihrer Meinung nach diese Gewaltbereitschaft und wie können solche Missstände behoben werden?*

Südafrika sieht sich mit einer ähn-

lichen Situation konfrontiert wie Deutschland. In verschiedenen Regionen der Welt herrschen Krisen und viele Menschen zieht es in Länder wie Deutschland und Südafrika. Eines der Probleme hierbei ist, dass viele Südafrikaner die Migranten als Konkurrenz um Arbeitsplätze sehen. In Kombination mit dem Klima auf dem südafrikanischen Arbeitsmarkt führt das zu Protesten, welche 2015 schließlich in Gewalt ausarteten. Ich denke, dass Migration und die Frage nach dem Asylstatus immer mehr zu Problemen globaler Natur werden, wie wir jetzt schon in Syrien oder Deutschland sehen.

*Ungefähr ein Viertel aller Menschen, die in Südafrika leben, sind arbeitssuchend. Am schlimmsten davon betroffen sind junge Schwarze. Wie möchten Sie dieses Problem beheben?*

Das wichtigste ist Anreize für Arbeitgeber zur Generierung von Arbeitsplätzen und zur Beschäftigung von jungen Leuten aus benachteiligten Gruppen zu schaffen. Daher muss zunächst alles zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums getan werden, zur Sicherung einer durchgängigen Wasser- und Stromversorgung als auch zum Aufbau einer wirtschaftsbegünstigenden Infrastruktur. Durch ein besseres Investitionsklima und steuerliche Anreize müssen Arbeitgeber zur Beschäftigung von mehr jungen Südafrikanern motiviert werden. Dazu müssen Unternehmen

von überzogenen Steuern befreit werden. Südafrika muss zu einem Land werden, das Investoren anzieht. Dafür muss sich der Staat aus öffentlichen Geschäftsbe- teiligungen zurück- ziehen und sich auf das Erlassen von Gesetzen zur Förderung von Ar- beitsverhältnissen beschränken.

**„Ich bin sehr stolz darauf, dass wir die einzige Partei für Alle, ungeachtet der Hautfarbe, sind.“**

*War es ein Fehler im Rahmen des „Black Economic Empowerment“ (BEE) nicht ausreichend auf Bildung zu setzen? Beschäftigung ohne zugrunde- liegende Ausbildung erscheint schwierig.*

Der Fehler liegt meiner Ansicht nicht beim BEE, sondern vielmehr im Bil- dungssystem selbst – welches übr- igens auch ohne BEE einer Überar- beitung bedarf. Das große Problem ist der Einfluss der Gewerkschaften auf unser Bildungssystem. Wir müs- sen den Einfluss der Gewerkschaften in dieser Hinsicht beschränken und uns auf die Einstellung besser ausge- bildeter Arbeitgeber konzentrieren. Außerdem müssen wir uns globaler vernetzen, um Beschäftigungsanreize für Lehrer zu schaffen, besonders in Naturwissenschaften und Mathema- tik. Wir brauchen einen globalen Aus- tausch von Fachwissen und können dann auch unsere Schulen verbessern.

*Unter den südafrikanischen Wählern macht sich zusehends eine Teilnahms- losigkeit und Gleichgültigkeit breit, weil sie sich von der politischen Elite enttäuscht und übergangen fühlen. Stimmen Sie dieser Behauptung zu?*

Der heutige politische Aktivismus hat sein Gesicht verändert. Er wird öfters als sozialer Protest zum Ausdruck ge- bracht. Die jüngsten Proteste gegen die Erhöhung der Studiengebühren sind ein gutes Beispiel dafür. Das ist unserer Demokratie sehr zuträg- lich und gut für Südafrika. Allerdings haben wir auch immer noch eine große Menge an aktiven Wählern, wie die die letzten Nachwahlen bewiesen haben. Immer mehr junge Menschen

suchen sich ihren eigenen Zugang zur Politik und nehmen mit frischen Ideen am politischen Leben teil.

*Der Internationale Straf- gerichtshof ist zuletzt von einigen afrikanischen Staa- ten stark kritisiert worden. Sollte Südafrika dem Inter- nationalen Strafgerichts- hof den Rücken kehren?*

Nein, das denke ich nicht.

Wir haben bereits viele Leitlinien des Internationalen Strafgerichts- hofs in nationales Recht umgesetzt. Afrika würde es zum Nachteil ge- reichen, wenn es durch die AU eine Institution wie den Internationa- len Strafgerichtshof ablehnt. Afrika- nische Staaten sind heute sehr viel disziplinierter in Bezug auf das Einhal- ten von demokratischen Regeln. Der Gerichtshof spielt hier eine wichtige Rolle.

*Worum handelt es sich bei der „Vision 2029“ der Democratic Alliance?*

Die „Vision 2029“ ist unser Partei- programm für die Schaffung eines offenen und wohlhabenden Süd- afrikas. Wir beschreiben darin unse- ren Ansatz für mehr Sicherheit, einer prosperierenden Wirtschaft und zur Halbierung der Arbeitslosenquote. Letztendlich wollen wir die Verfas- sung stärken und somit die Rechte des Individuums. Ein weiterer wich- tiger Punkt ist die Verkleinerung des Regierungsapparats und insbesonde- re des Kabi- netts von der- zeit 35 auf 15 Ministerien. Mit der Vision beschäftigen wir uns aber auch mit Süd- afrikas lang- fristiger Z u k u n f t und unse- re Rolle in einer globalisierten Welt.

*Wie kann sich die Democratic Alliance in Zukunft mehr für Schwarze Wähler*

*attraktiv machen?*

Die Norm ist leider nach wie vor, dass sich die Parteizugehörigkeit nach der Hautfarbe richtet. Der wahrscheinlich schlechteste Weg diese Strukturen aufzubrechen, ist noch mehr Abgren- zung. Wir müssen uns stattdessen mehr auf die Werte unseres demo- kratischen Systems berufen: Freiheit, Fairness und Chancengleichheit. Die große Lüge der Apartheid war die Schaffung eines Interessenkonflikts zwischen Schwarzen und Weißen in den Köpfen der Menschen. Ich bin sehr stolz, dass wir die einzige Partei für alle Südafrikaner ungeachtet ihrer Hautfarbe sind. Auch beweisen die letzten Zahlen, dass wir Wähler aus allen Bevölkerungsgruppen haben, in Kapstadt stehen wir aktuell bei 63%. Wir sehen auch, dass der ANC in den Städten immer mehr an Rückhalt ver- liert.

*Welche Rolle spielt die Kirche in einem religiösen Land wie Südafrika?*

Die Kirche nimmt eine wichtige Rolle in der Zivilgesellschaft ein und nimmt im Dialog mit der Politik eine wich- tige Funktion wahr. Die Kirche ist nicht nur moralische Instanz, sondern muss auch die Einhaltung der Verfas- sung verteidigen. Wird unsere Ver- fassung ausgehöhlt, so wird sich das auch zum Nachteil der Kirche auswir- ken. Darüber hinaus muss die Kirche auch verstärkt zu ethischen Fragen mit Gesellschaftsbezug Stellung bezie- hen, wie z.B. bei Korruption oder den

**„Diese Menschen [...] verstanden, dass Sie nicht eine „Rasse“ bekämpften, sondern ein System. Dies müssen wir uns ins Gedächtnis rufen und uns der Tat- sache bewusst werden, dass Leute verschiedenster Hintergründe vereint kämpfen können.“**

hohen Ar- beitslosen- zahlen. Kir- chen sind dann ver- stärkt Ort von sozialer Arbeit und s o z i a l e m Engagement. Schon wäh- rend der Apartheid waren viele Geistliche in der Politik engagiert und traten für gewaltfreien Protest ein. Desmond Tutu zum Beispiel.

*Hat Ihr persönlicher Glaube Einfluss auf Ihre praktische Politik?*

Ja, absolut. Mein Glaube ermöglicht mir, mit einer bestimmten Perspektive auf diese Welt zu blicken. Ich sehe alle Menschen als Kreaturen Gottes und nicht primär die Unterschiede zwischen ihren Hautfarben. Ich sehe sie als meine Nächsten. Mein Glaube bewegt mich dazu, Probleme wie Armut und Ungleichheit zu konfrontieren. Es kann nicht richtig sein, wenn einige Essen wegwerfen, während andere keins haben. Mein Glaube gibt mir das Gefühl der richtigen Sache verpflichtet zu sein. Grund meiner Betätigung in der Politik war nicht der Wunsch nach einer Karriere, sondern vielmehr mein Glauben an die Sache.

*Können Sie uns den Zwiespalt zwischen Ihrer religiösen und Ihrer politischen Position erklären? Besonders in Hinsicht auf Rechte von Homosexuellen in Südafrika?*

Man muss zunächst berücksichtigen, dass nicht nur die Kirche, sondern auch beispielsweise die muslimische Gemeinschaft eine bestimmte Haltung zu dieser Thematik hat. Maßgeblich für mein politisches Handeln ist die Tatsache, dass ich einen Eid auf die Verfassung unseres Landes gelegt habe, welcher für mich im Vordergrund steht. Schließlich bin ich kein geistlicher Führer, sondern ein Parlamentarier, der seinen Eid auf die Verfassung abgelegt hat.

*Würden Sie behaupten ein Fürspre-*

*cher von LGBTI-Rechten zu sein?*

Absolut. Auch die Kirche ist in diesem Thema sehr engagiert und vertritt eine ähnliche Position. Diese Menschen müssen zu ihren Rechten kommen und diese Rechte verteidigen können. Dies wird immer mehr gesellschaftlicher Konsens.

Interview: Nanisu Tswai  
Übersetzung: Kekeli Abbey